

ANMELDUNG EINER FORDERUNG IM INSOLVENZVERFAHREN

(bitte 2-fach beim Insolvenzgericht einbringen)

An das

www.edikte.at / „Insolvenzdatei“ / „einfache Suche“ / --> Aktenzeichen / Ergebnisseite mit Datum der Eröffnung des Insolvenzverfahrens und Forderungs-Anmeldungsfrist)
(Version dieses Musters: 5.1.2017)

Bitte das Aktenzeichen anführen

Dieses Formular + Beweismittel (zB Bescheide) = zweifach!

Angaben zum Abbuchungs- und Einziehungsverfahren

<input type="checkbox"/>	Gebühreneinzug	<input type="checkbox"/>	von Konto im Anschriftscode
<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	von folgendem anderen Konto
IBAN		BIC	
<input type="text"/>		<input type="text"/>	
<input type="checkbox"/>	Gebührenfrei gem. §	<input type="checkbox"/>	Verfahrenshilfe

Eingangsvermerk des Gerichts

Familien-/Nachname, Vorname, Titel ODER Firma
des Schuldners/der Schuldnerin

Bescheid + Forderungsanmeldung bei Gericht NOTWENDIG!!

GLÄUBIGER(IN) UND GLÄUBIGERVERTRETER(IN)

Gläubiger(in)	<p>Gilt bei Rechtsanwalt(-anwältin) oder Notar(in): Vollmacht wurde erteilt; einschließlich der Vollmacht, den angemeldeten Betrag entgegenzunehmen.</p> <p>Unterschrift des Gläubigers/der Gläubigerin/ des Gläubigervertreeters/der Gläubigervertreterin</p>
Familien-/Nachname, Vorname, Titel und Beschäftigung ODER Firma usw.	
MUSTERAUSFÜLLUNG für normale (unbedingte)	
Straße, Hausnummer, Stiege, Türnummer	
UND bedingte (!) Forderungsanmeldung	
PLZ Ort	
<input type="text"/> (Version 5.1.2017)	
IBAN BIC	
Gläubigervertreter(in)	
Familien-/Nachname, Vorname, Titel und Beschäftigung ODER Firma usw.	
Straße, Hausnummer, Stiege, Türnummer	
PLZ Ort	
IBAN BIC	

ANGEMELDETE FORDERUNG (Beträge in Euro)

KAPITALFORDERUNG (Betrag)	Darin enthaltene Nebenforderungen (Betrag), zB Inkasso- und Mahnspesen, keine Zinsen und Kosten
4.288,08	76,08
ZINSEN	
<input type="checkbox"/> Zinsen pro Jahr <input type="checkbox"/> Zinsen pro Halbjahr <input type="checkbox"/> Zinsen pro Vierteljahr <input type="checkbox"/> Zinsen pro Monat <input type="checkbox"/> Kapitalisierung der Zinsen	
Zinsen in %	aus (Betrag) ab (Datum) bis (Datum der Bekanntmachung der Insolvenzeröffnung)
<input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
das sind (vom Gläubiger errechneter Zinsbetrag)	
<input type="text"/>	
KOSTEN, zB Kosten eines vorangegangenen Gerichtsverfahrens, Kosten dieser Forderungsmeldung dürfen NICHT verzeichnet werden	
Betrag	Beschreibung der Kostenforderung
<input type="text"/>	<input type="text"/>
GESAMTFORDERUNG (Summe aus Kapitalforderung, Zinsen und Kosten)	
4.288,08	

BESCHREIBUNG UND HÖHE DER ANGEMELDETEN FORDERUNG

Tatsachen, auf die sich die Forderung gründet (§ 103 IO)	Datum bzw. Zeitraum		Forderung oder Restforderung
	vom (am)	bis	
1. KommSt 2015 + SZ (€ 56,08) lt. Bescheid v 7.4.2015	01.01.2015	31.12.2015	2.860,08
2. KommSt 2016 + SZ (€ 20) vor Insolvenzeröffnung	01.01.2016	30.05.2016	1.020,00
3. BEDINGTE KommSt-Forderung aus Insolvenzentgelt	01.06.2016	03.07.2016	408,00
(Interne Anmerkung: Bescheidadressat ab Insolvenzeröffnung ist der Insolvenzverwalter [gewesen]!!)			

ANGABEN ZUM ZINSENBEGEHREN

Nur auszufüllen, wenn andere als die gesetzlichen Zinsen von 4% (bei Wechsel- und Scheckforderungen 6%) begehrt werden. Bei beiderseitig unternehmensbezogenen Geschäften bitte das entsprechende Feld ankreuzen; diesfalls betragen die gesetzlichen Zinsen 8% zuzüglich zum jeweils für das laufende Kalenderhalbjahr maßgeblichen Basiseinsatz vom letzten Tag des vorangegangenen Kalenderhalbjahres (30.6. bzw. 31.12.).

<input type="checkbox"/> Zinsen in der angemeldeten Höhe wurden vereinbart.	<input type="checkbox"/> Der Zahlungsverzug wurde zumindest leicht fahrlässig herbeigeführt.
<input type="checkbox"/> Der Gläubiger/Die Gläubigerin hätte seine freien Geldmittel zu dem in der Forderungsanmeldung angegebenen Zinssatz anlegen können.	<input type="checkbox"/> Trotz Hinweises auf die Notwendigkeit der Kreditaufnahme wurde keine Zahlung geleistet.
<input type="checkbox"/> Der Gläubiger/Die Gläubigerin nimmt einen Kredit in Anspruch, der zumindest die Höhe der angemeldeten Kapitalforderung erreicht und der mit dem angeführten Zinssatz zu verzinsen ist.	<input type="checkbox"/> Es liegt ein beiderseitig unternehmensbezogenes Geschäft vor.

BEWEISE ZUM NACHWEIS DER BEHAUPTETEN FORDERUNG

1. KommSt-Rückstand 1-12/2015 (inkl SZ): Kommunalsteuerbescheid vom 7.4.2016; dazu Rückstandsausweis vom 12.5.2015
 2. KommSt-Rückstand 1-5/2016 (inkl SZ) vor Insolvenzeröffnung: KommSt auf bezahlte Arbeitslöhne lt. KommSt-Bescheid vom 9.9.2016
 3. bedingte KommSt-Forderungen aus Insolvenz-Entgelten lt. KommSt-Bescheid vom 9.9.2016 im Sinne der GPLA-Prüfungsfeststellungen des Finanzamtes

Exekutionstitel (Falls ein Exekutionstitel besteht, ist dieser anzuführen.)
 Gericht/Behörde: _____ Aktenzeichen: _____

ANHÄNGIGES VERFAHREN ÜBER DIE ANGEMELDETE FORDERUNG

Gericht/Behörde	Aktenzeichen
Rückstandsausweis (vor Insolvenzeröffnung)	RüAusw_zu_KommSt-Rü_aus_2015 vom 12.5.2016

ABSONDERUNGSRECHTE

Hier ist anzuführen, ob die angemeldete Forderung durch ein Pfandrecht, Sicherungseigentum oder ein sonstiges Absonderungsrecht gesichert ist.

Art des Absonderungsrechts und Gegenstand der Absonderung	Datum der Entstehung	Betrag, bis zu dem die angemeldete Forderung voraussichtlich gedeckt ist

WEITERES VORBRINGEN

z.B. Nennung eines im Inland wohnenden Zustellungsbevollmächtigten durch ausländische Insolvenzgläubiger

1.,2.: Die der vorgenommenen KommSt-Festsetzung zugrundegelegten Bemessungsgrundlagen wurden teilweise der Selbstberechnungserklärung entnommen (2015) bzw entstammen einer GPLA (ab 1/2014) / wurden anhand der in FinanzOnline verbuchten Dienstgeberbeiträge im Schätzungswege ermittelt (.....).
 3. Die bedingte Kommunalsteuerforderung resultiert aus den (von den Dienstnehmern beim Insolvenz-Entgelt-Fonds im Wege der IEF-Service GmbH geltend zu machenden) Insolvenz-Entgelten der Arbeitnehmer, deren Höhe vom Finanzamt im Zuge einer „gemeinsamen Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben“ (GPLA) festgestellt wurde.
 Die damit in Zusammenhang stehende bedingte Kommunalsteuerforderung wird dann wirksam und bleibt insoweit (anteilig) aufrecht, als der kommunalsteuerpflichtige Unternehmer nach Abschluss des Insolvenzverfahrens die Arbeitslöhne (anteilig) entsprechend der vom Gericht festgelegten Quote der IEF-Service GmbH zu ersetzen hat.